



## *Euro-Kurzinformation* *50. Jubiläumsausgabe*



im März 2016

### ☞ **Europa: Wie alles begann, ... und wie es weitergehen kann!**

Anlässlich der hier vorliegenden 50. Ausgabe lassen wir - in aller Kürze - die historischen Schritte der Europäischen Entwicklung und deren Errungenschaften Revue passieren. Abschließend seien einige aktuell anstehende Aufgaben aus Sicht der FDP angeführt.

**18. April 1951:** Die Ursprünge der europäischen Bemühungen um enge Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich liegen in der Gründung der „**Montanunion**“ (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl)

**25. März 1957: Verträge von Rom** (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft – EWG und Euratom)

**22. März 1971: Werner-Plan** (Basis der europäischen monetären Integration)

**13. März 1979:** Europäisches Währungssystem (**EWS**) – die Währungseinheit ECU wird definiert

**9./10. Dezember 1991: Maastrichter Verträge** (Europäische Wirtschafts- und Währungsunion)

**1. September 1997:** Das **Dubliner Übereinkommen** tritt in Kraft

**1. Januar 1999:** Einführung des **Euro als Buchgeld**

**1. Januar 2002:** Einführung des **Euro als Bargeld**

**1. März 2003: Dublin-II-Verordnung** gilt als Nachfolgeregelung für die Europäische Union

Und seit 2007, also seit nunmehr über acht Jahren, ist Europa im „Krisenmodus“. Ausgangspunkt waren die US-Immobilienkrise 2007 und die Lehman-Insolvenz 2008, die in Europa weitreichende Banken-Stützungsaktionen zur Stabilisierung des Bankensystems notwendig machten. Dann 2009 das erste Hilfspaket für Griechenland, die Gründung des EFSF, ein Hilfspaket für Irland (2010), für Portugal (2011) und für Spanien (2012) sowie das OMT-Programm (EZB) und die Gründung des ESM. Die Finanz-, Haushalts- und einsetzende Wirtschaftskrise bedingten sich gegenseitig. Die EU und die EZB leiteten Maßnahmen zur Stabilisierung ein: Die sog. „Troika“ hatte zum Ziel mit Liquiditäts- und Haushaltshilfen über EFSF, ESM und IWF Reformen zu etablieren, die EZB senkte die Leitzinsen und kaufte Staatsanleihen auf zur Vermeidung und Vertiefung von deflationären Tendenzen sowie zum Anreiz von Investitionen. Aktuell werden die Reformbemühungen durch die „Flüchtlingskrise“ überlagert, sind allerdings bei weitem nicht gelöst. Wie auch die europäische Lösung der Flüchtlingsfrage offen ist. Aber: es ist März, und in diesem Monat wurden einige historische Weichen in Europa gestellt (s.o.)...

Auch unser Landesfachausschuss „Internationale Politik“ befasst sich fortwährend mit den aktuellen Fragen der Europäischen Gemeinschaft. Aktuell stehen die folgenden Themen im Fokus:

- Stärkung des Demokratieverständnisses in der Europäischen Union
- Aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion
- Aktuelle Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik
- Aufgaben und Identität in der Zukunft

**Kommentar: Europa ist es wert, sich einzusetzen und dafür zu kämpfen!**

## ☞ Eurobarometer zur Migrationspolitik

Das Eurobarometer zum Thema Einwanderung wurde im vergangenen November in den 28 Mitgliedstaaten der EU, den 5 Kandidatenländern Türkei, Mazedonien, Island, Serbien und Montenegro sowie der türkisch-zyprischen Gemeinschaft durchgeführt. Dabei ergab sich, dass die Einwanderungspolitik von einer abstrakten Frage zu einem Thema geworden ist, das die Menschen direkt vor Ort betrifft. Nach den dringendsten Problemen gefragt, sagten 76 Prozent der Deutschen und 58 Prozent der Europäer, dass die Einwanderung derzeit Europas wichtigstes Problem darstellt.

Jeder fünfte Deutsche fühlt sich mittlerweile persönlich von den Folgen der Migration betroffen – mehr als doppelt so viele wie in anderen Ländern der EU.

Die meisten Deutschen (82 Prozent) und Europäer (68 Prozent) unterstützen nach wie vor eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik, dabei haben immer mehr Deutsche und Europäer den Eindruck, dass an den EU-Außengrenzen nicht ausreichend Grenzkontrollen stattfinden.

Bei der Bewertung von Migration zeigen sich beträchtliche Unterschiede, abhängig davon, woher ein Mensch stammt. Eine Mehrheit der Deutschen (57 Prozent) und Europäer (55 Prozent) empfinden die Einwanderung von Menschen aus anderen EU-Staaten als positiv, während die Einwanderung von Menschen von außerhalb der EU bei einer Mehrheit der Deutschen (58 Prozent) und Europäer (59 Prozent) ein negatives Gefühl hervorruft. In Deutschland haben unter den befragten Ostdeutschen mit 72 Prozent der Befragten signifikant mehr ein schlechtes Gefühl bei der Einwanderung von Nicht-EU-Bürgern als die befragten Westdeutschen (56 Prozent).

**Kommentar: Richard Kühnel, Vertreter der EU-Kommission in Deutschland: „Das Image der EU hat in der Flüchtlingskrise gelitten, aber man entlässt die EU auch nicht aus der Verantwortung. Die Bevölkerung erwartet, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten gemeinsam handeln“.**

## ☞ Gesine Meißner zum Weltfrauentag

Am 8. März wurde der Weltfrauentag begangen. Dazu äußerte sich Gesine Meißner, Mitglied der FDP-Gruppe im Europaparlament und Bundesvorsitzende der Liberalen Frauen: „Der Weltfrauentag ist nicht etwa ein aus der Mode gekommenes sozialistisches Erbe, sondern wichtig wie eh und je. Eine weltoffene demokratische Gesellschaft ist ohne völlige Gleichstellung der Geschlechter nicht denkbar, und da gibt es in Europa noch viel zu tun, sowohl bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf als auch beim Abbau des Gender-pay-gap von 16% in der EU und sogar 21 % in Deutschland.“

**Kommentar: Wir wünschen viel Erfolg beim Einsatz für die Rechte der Frauen in Europa.**

## ☞ Kurzinformation die 50. Was hat uns vor 16 Jahren aufgeregt?

In der ersten Euro-Kurzinformation im April 2000 berichteten wir von heftiger Kritik des Europäischen Rechnungshofes an den im Europäischen Parlament vertretenen Parteien. Der Rechnungshof hatte festgestellt, dass es bei den Finanzoperationen der Fraktionen immer wieder zu „gravierenden Rechts- und Abrechnungsproblemen“ kommt. Von den Steuergeldern, die die Parteien für ihre politische Tätigkeit, Informationsarbeit und Verwaltung erhalten haben, seien Millionen für europäische Parteikassen, Stiftungen und externe Mitarbeiter oder Reisespesen zweckentfremdet worden. Die schlechtesten Noten erhielten die EVP und die Grünen. Den Grünen attestierten die Luxemburger Rechnungsprüfer eine geradezu chaotische Buchführung.

**Kommentar: Der Rechnungshof muss die Parteien weiter gut im Blick haben!**